Protokoll über die Sitzung Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven der Stadt Wilhelmshaven am Freitag, 10. Januar 2025, 10:00 Uhr, Sitzungszimmer TBW - Gebäude A - 1. Etage - Zi.-Nr. 1.00, Nr. 1/2025

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion
Ausschussmitglied Manuel Baruschke (fehlte entschuldigt)
Ausschussmitglied Birgit Holtz
Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt
Vertreter Marvin Hager

Mitglied CDU-Fraktion
Ausschussmitglied Anja Mandt
Ausschussmitglied Thomas Suberg

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW
Stellv. Ausschussvorsitzender Stefan Becker
Ausschussmitglied Olaf Fischer

Mitglied Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Ausschussmitglied Horst Dieter Walzner
Ausschussmitglied Walther Schäfer

Mitglied AfD-Fraktion
Ausschussvorsitzender Thorsten Moriße

Bedienstetenvertreter
Werner Bolinius
Günter Friedrichs
Linda Stehle

Seniorenvertretung
beratendes Mitglied Marion Reiners

Externer Vertreter
Norbert Weinberg

Verwaltung
Dezernent Stadtbaurat Nikša Marušić
Techn. Betriebsleiter Tim Menke
Stellv. Techn. Betriebsleiterin Maike Schun
Kfm. Betriebsleiter Holger Kullik
Protokollführerin Anja Gutknecht
Abteilungsleitung Stadtreinigung Kai-Uwe von Thülen
Abteilungsleitung Abfallwirtschaft Thomas Wolanski
Abteilungsleitung Stadtgrün und Friedhöfe Stefan Pallaske
Sachbearbeiterin Friedhofsverwaltung Martina Hartmann

Presse
Vertreter der Wilhelmshavener Zeitung Hartmut Siefken

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit	
2	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 06.12.2024	
3	Beschluss über die Tagesordnung	
4	Vorlagen an den Rat	
4.1	Wirtschaftsplan TBW 2025	**327/2024**
4.2	Antrag Gruppe "Die BUNTEN": Ökologische Aufwertung und Klimaanpassung in Wilhelmshaven - Konzepte, Förderung und Errichtung von Mini-Wäldern und Hitzeschutzmaßnahmen in Wilhelmshaven -	**556/2024**
4.3	Antrag der SPD-Fraktion: Vorhandenen Raum nutzen: Pavillon in einen Abschiedsraum umwandeln	**575/2024**
5	Mitteilungen und Anfragen	
5.1	Sachstand "Systemwechsel zur Grundgebühr bei der Müllentsorgung"	
5.2	Tierfriedhof	
5.3	Informationen zu Anfragen aus den letzten Sitzungen	

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende **Herr Moriße** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 06.12.2024

Der Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 06.12.2024 wurde mit **11 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

3 Beschluss über die Tagesordnung

Der Tagesordnung wurde in vorliegender Form mit **12 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Wirtschaftsplan TBW 2025 **327/2024**

Herr Kullik teilte mit, dass ein Gespräch mit dem DPR und der Betriebsleitung bzgl. des im Wirtschaftsplans enthaltenen Stellenplanes stattgefunden habe und die Benehmensherstellung am 13.12.2024 erfolgt sei. Das Benehmen wurde durch

Fristablauf hergestellt.

Herr Friedrichs wies darauf hin, dass die Erfolgsquote des WSI-Projektes sehr hoch ist - 15 Kollegen sind verblieben, von denen 5 bis dato eine feste Übernahme bei der TBW erhielten. Des Weiteren gibt es zwei Mitarbeiter, die extern eine Festanstellung bekommen haben.

Herr Brandt teilte mit, dass die SPD dem zustimme und zitierte aus dem letzten Protokoll. **Herr Brandt** bat um Erläuterung der im Wirtschaftsplan dargestellten Personalkosten sowie der Abweichung zwischen dem Vorjahres- und des aktuellen Planjahres. Die Betriebsleitung sagte zu, die Erläuterung im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Hafen zu liefern.

Herr Fischer erwähnte das im Rat beschlossene Asylbewerberleistungsgesetz und dass bereits Aktivitäten durch das Jobcenter diesbezüglich zu vermelden sind.

Frau Mandt erkundigte sich, ob seitens der Betriebsleitung eine Weiterführung des WSI-Projekts angeregt wurde und ob die Übernahme der Kosten des Führerscheins übernommen werden kann.

Frau Schun erläuterte, dass das WSI Projekt geplant zum 01.08.2025 endet und eine Weiterführung nicht möglich ist. Die finanzielle Übernahme des nötigen Führerscheins wurde bei den möglichen Förderstellen beantragt, jedoch abgelehnt. Darüber hinaus lehnten die in Frage kommenden WSI-Mitarbeiter die Durchführung des Führerscheins ab.

Herr Becker kritisierte in Bezug auf den Wirtschaftsplan 2025 die aus seiner Sicht erkennbare Inaktivität der SPD, da der Antrag bereits 4 Wochen alt sei und bisher nichts Konkretes vorgelegt wurde.

Herr Brandt informierte, dass in der heutigen Fraktionssitzung die Beratung und ein Beschluss bzgl. des Wirtschaftsplanes erfolgen wird.

Herr Hager bekräftigte die Aussage von **Herrn Brandt** und betonte die Wichtigkeit des WSI-Projektes.

Herr Marušić bedankte sich bei der TBW und der hervorragenden Integration der WSI-Mitarbeiter im Team. Ebenfalls wurde nochmals betont, dass weiterhin Aushilfen auf befristeten Stellen eingestellt werden.

Herr Walzner regte an, Schuldzuweisungen zu vermeiden und stattdessen Lösungsansätze in den Vordergrund zu stellen.

Herr Fischer unterstützte die Äußerungen von **Herrn Becker** und betonte, dass Themen im Fachausschuss zu beraten sind und nicht die gesamte Sacharbeit in den RAT verschoben wird.

Herr Moriße sprach sich ebenfalls über eine finanzielle Förderung für den Erwerb des Führerscheins aus und dass die Mitarbeiter entsprechend gefördert und

unterstützt werden. Denkbar sei auch, die Mitarbeiter durch entsprechend angepasste Arbeitsverträge an die TBW zu binden.

Frau Schun sagte zu, dass hierzu nochmals Gespräche mit dem DPR geführt werden, welche WSI-Mitarbeiter denkbar für eine Übernahme wären. Hier soll es gezielte Gespräche zu einzelnen Mitarbeiter geben, auch in Hinblick auf Verlässlichkeit und Krankheitstage. Des Weiteren ist schon geplant, dass die vorhandenen WSI- Mitarbeiter in den nächsten Monaten testweise alle Abteilungen mit gewerblichen MA bei TBW durchlaufen sollen, um ihr mögliches Potential zu erkennen.

Herr Weinberg informierte, dass eine Führerscheinförderung über das Jobcenter möglich sei.

Frau Hartmann verließ von 10:29 bis 10:30 die Sitzung.

Herr von Thülen bestätigte, dass Anfragen in der Vergangenheit bzgl. der Kostenübernahme in Einzelfällen keinen Erfolg hatten.

Herr Friedrichs teilte mit, dass die Betriebsleitung sich sehr intensiv in den vergangenen Jahren und aktuell um den Einsatz und der Förderung der WSI-Mitarbeiter kümmere.

Herr Fischer stellte einen **Änderungsantrag** zum Haushalt 2025/2026 bzgl. Änderung der Parkraumgebührenverordnung. Die Änderung der gebührenpflichtigen Parkzeiten in der Innenstadt auf 09:00 bis 17:00 Uhr kommen dem örtlichen Handel, dem Kino und der Gastronomie zugute. Ebenfalls wird durch die Senkung der Gebühren des Wohnmobilstellplatzes auf dem Fliegerdeich dieser wieder attraktiver.

Frau Mandt teilte mit, sich der Abstimmung aufgrund der fehlenden Rücksprache und Beratung in der Fraktion zu enthalten.

Frau Holtz argumentierte, dass über die Parkplatzgebühren am Fliegerdeich keine Kontrollen bestehen, da die Parkautomaten nicht vollumfänglich genutzt und dieses auch nicht durch öffentliche Hand kontrolliert wird.

Herr Marušić erinnerte daran, dass die Parkplatzgebührenverordnung Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes sei. Es wäre denkbar die touristischen Parkplätze möglicherweise durch ein anderes Bewirtschaftungssystem zu betreiben. Beispielsweise mit einem Kamerasystem und regte daher eine Kameraüberwachung am Fliegerdeich an, um Verluste auszugleichen.

Frau Schun erklärte, dass es in der Vergangenheit bereits Pläne gab, Kabel für eine Kameraüberwachung zu verlegen, jedoch von der Deichbehörde keine Genehmigung hierfür erteilt worden ist. Alternativ wäre zu prüfen, ob eine solarbetriebene Kameraüberwachung möglich wäre und wo diese angebracht werden kann.

Herr Kullik wies auf das Haushaltssicherungskonzept und die zuletzt in 2023 erfolgte Beschlussfassung zur Parkgebührenverordnung gemäß HSK hin.

Herr Brandt stimmte den Äußerungen von **Herrn Kullik** zu.

Herr Becker argumentierte, dass die Politik die Verantwortung trägt, auch Entscheidungen zu korrigieren, die suboptimal gelaufen sind.

Herr Hager sprach sich dafür aus, die Kameraaufzeichnung am Fliegerdeich als TOP auf die kommende Sitzung aufzunehmen.

Die **Herren Becker, Brandt** und **Frau Holtz** beteiligten sich an der nachfolgenden Diskussion.

Herr Kullik merkte an, dass die Änderungen der Parkgebühren letztlich zu einer Ergebnisverschlechterung bei TBW führen würden. Ein Ausgleich der Mindereinnahmen durch weitere, realisierbare Einsparungen oder durch eine Erhöhung des städtischen Zuschusses sei nicht zu erwarten.

Frau Holtz verwies auf die kameragesteuerte Anlage in Dangast und bat um Einbringung bzw. Nachfrage bei der dortigen Verwaltung.

Herr Marušić wies darauf hin, dass es sich bei der Anlage in Dangast nicht um eine Deichanlage handelt.

Die **Herren Brandt** und **Hager** sowie **Frau Schun, Mandt** und **Holtz** beteiligten sich an der nachfolgenden Diskussion.

Dem **Änderungsantrag** zum Haushalt 2025/2026 der Gruppe Win@WBV, Berner, FDP, FW – Wirtschaftsplan 2025 TBW wurde mit **5 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **8 x Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

Frau Mandt stellte einen **Änderungsantrag** und bat um Einarbeitung des Antrages 580/2024 „Antrag CDU Fraktion im Ortsrat: Einrichtung einer ‚Smileymessung' an der Straße ‚Am Holling' in Sengwarden" in den heutigen BTBW-Ausschuss.

Frau Mandt führte in das Thema ein.

Herr Brandt regte an in diesem Zuge direkt ein 3. Gerät für TBW zu besorgen.

Frau Schun teilte mit, dass es nach Ihrer Kenntnis zwei Geräte bei TBW gibt, die regelmäßig im Stadtgebiet eingesetzt werden.

Herr Hager erkundigte sich nach den zu erwartenden Kosten für ein weiteres Gerät.

Frau Schun erklärte, dass sie sich bei der entsprechenden Abteilung darüber

erkundigen und über die Kosten informieren wird.

Dem **Änderungsantrag** zum Antrag 580/2024 „Antrag CDU Fraktion im Ortsrat: Einrichtung einer ‚Smileymessung' an der Straße ‚Am Holling' in Sengwarden" wurde **11 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

Die Beschlussvorlage Wirtschaftsplan TBW 2025 wird mit **2 x Ja**-Stimmen, **4 x Nein**-Stimmen und **8 x Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.**

Beschluss: **-mehrheitlich abgelehnt-**

Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan der Technischen B Wilhelmshaven, Eigenbetrieb der Stadt Wilhelmshaven, fü Wirtschaftsjahr 2025 in der vorliegenden Fassung.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen **Kreditaufnahmen** für Inves und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wi **15.268.131 €** festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen** wird auf **5.(€** festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem **Liquiditätskredite** für das Wirtsch 2024 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch gen werden dürfen, wird auf **6.000.000 €** festgesetzt.

4.2 Antrag Gruppe "Die BUNTEN": Ökologische Aufwertung und Klimaanpassung in Wilhelmshaven - Konzepte, Förderung und Errichtung von Mini-Wäldern und Hitzeschutzmaßnahmen in Wilhelmshaven - **556/2024**

Herr Becker stellte einen **Geschäftsordnungsantrag** zur Nichtbefassung, da dieser bereits im Ausschuss von November nicht besprochen werden konnte und abgelehnt wurde.

Dem **Geschäftsordnungsantrag** zur Nichtbefassung wurde **12 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **0 x Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

Beschluss: **-Nichtbefassung-**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:
1. Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb von sechs Monaten (Sitzung des Rates im Februar 2025) geeignete städtische Flächen zu identifizieren, die für die Errichtung von Mini-Wäldchen (Tiny Forests) z.B. nach dem Vorbild der Miyawaki-Methode geeignet sind. Dabei sollen insbesondere Flächen berücksichtigt werden, die im Rahmen des bereits beschlossenen Entsiegelungsprogramms verfügbar gemacht werden können.

2. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, innerhalb derselben Frist ein Konzept zur ökologischen und klimatischen Aufwertung von Flächen zu entwickeln. Das Konzept soll zudem folgende Punkte beinhalten:
a. Hitzeschutzkonzept: Entwicklung eines Hitzeschutzkonzepts für die Stadt Wilhelmshaven, das Maßnahmen zur Reduzierung des Hitzeinseleffekts, die Schaffung von kühlen Rückzugsorten und die Integration von grünen Infrastrukturen vorsieht.
b. Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität und Biodiversität: Förderung der biologischen Vielfalt und Verbesserung der Luftqualität durch gezielte Bepflanzung.
c. Regenwasserbewirtschaftung: Integration von Strategien zur Regenwasserbewirtschaftung, einschließlich der Nutzung von entsiegelten Flächen zur Verbesserung der Wasseraufnahme und -speicherung. (Schwammstadt)
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das erarbeitete Konzept nach Ablauf der Frist dem Rat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
4. Um die nachhaltige Finanzierung des Projekts sicherzustellen, werden die hierfür benötigten finanziellen Mittel aus dem Kohlestrukturfonds sowie anderen möglichen Förderprogrammen beantragt und verwendet.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die lokale Bevölkerung aktiv in die Planung und Umsetzung einzubeziehen, um das Bewusstsein für Klimaschutz und ökologische Stadtentwicklung zu stärken.
6. Die Fortschritte und Ergebnisse des Projekts werden nach Beschlussfassung mindestens vierteljährlich dem Rat der Stadt Wilhelmshaven vorgestellt, um Transparenz und eine kontinuierliche Bewertung sicherzustellen.
7. Die Verwaltung stellt bis zur Sitzung des Rates im September 2024 eine Projektplanung vor.

Begründung:

angesichts der fortschreitenden Auswirkungen des Klimawandels stehen auch wir als Stadt Wilhelmshaven vor der dringenden Aufgabe, unsere urbanen Lebensräume nachhaltig und widerstandsfähig zu gestalten. Insbesondere in Küstenorten wie Wilhelmshaven, die durch ihre geografische Lage besonders anfällig für die Folgen von Starkregenereignissen aber auch zunehmender Hitzeperioden sind, müssen wir präventiv handeln, um die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger langfristig zu sichern.
Aktuelle Untersuchungen, wie der „Hitzecheck“ der Deutschen Umwelthilfe, zeigen deutlich, dass städtische Gebiete immer stärker von Hitzeinseln betroffen sind. Diese Hitzebelastungen gefährden nicht nur die Gesundheit der Bevölkerung, sondern auch die

städtische Infrastruktur. Gleichzeitig belegen Studien, dass Starkregenereignisse, die in Küstenregionen wie unserer zunehmend häufiger und intensiver auftreten, erhebliche Risiken für Überflutungen und Infrastruktur-Schäden mit sich bringen.
Vor diesem Hintergrund und in Ergänzung zu unserem bereits beschlossenen Programm zur Entsiegelung von Gemeindeflächen legen wir Ihnen einen Antrag zur Beratung und Beschlussfassung vor, der die Errichtung von Mini-Wäldchen (Tiny Forests) nach der bewährten Miyawaki-Methode auf diesen entsiegelten Flächen vorsieht. Diese Maßnahme zielt nicht nur darauf ab, die Biodiversität und Luftqualität in unserer Stadt zu verbessern, sondern auch die urbanen Hitzelasten zu reduzieren und eine effektive Regenwasserbewirtschaftung zu fördern. Durch die Kombination von Entsiegelung und gezielter Bepflanzung können wir die positiven Effekte für unser Stadtklima maximieren und die Resilienz unserer Stadt gegenüber klimatischen Extremereignissen deutlich erhöhen.
Wir bitten Sie, diesem Antrag Ihre Aufmerksamkeit zu schenken und damit gemeinsam einen wichtigen Schritt in Richtung einer klimaresilienten und lebenswerten Stadt Wilhelmshaven zu gehen.

4.3 Antrag der SPD-Fraktion: Vorhandenen Raum nutzen: Pavillon in einen Abschiedsraum umwandeln **575/2024**

Herr Hager führte in das Thema ein.

Herr Pallaske führte aus, dass der Pavillon als alleinige Nutzung als Trauerhalle für eine dauerhafte Lösung nicht sinnvoll ist, da zum einen alle Bestatter sowie das Krematorium bereits über kleine Abschiedsräume verfügen. Darüber hinaus wird der Pavillon nicht nur von den Sargträgern genutzt, sondern erfüllt mit seinen zahlreichen Informationsmaterialien der eigentlichen Bestimmung als Info-Pavillon. Zudem wird der Pavillon auch von dem Hospiz genutzt, um den Friedhofsbesuchern und Angehörigen die Möglichkeit für ein Trauergespräch zu ermöglichen. Diese Termine werden regelmäßig bekanntgegeben und auch gerne in Anspruch genommen.

Herr Pallaske schlug für eine bessere Einschätzung und Wahrnehmung der Räumlichkeiten einen Vor-Ort-Termin vor.

Herr Becker stellte einen **Geschäftsordnungsantrag** auf Vertagung.

Herr Weinberg erkundigte sich nach den Auswirkungen für das Personal.

Herr Pallaske erklärte, dass bei intensiverer Nutzung des Pavillons entsprechend häufigere und angepasste Reinigungsdurchläufe stattfinden müssen.

Herr Hager stimmte **Herrn Becker** zu und sprach sich ebenfalls für eine Vertagung und den angesprochenen Vor-Ort-Termin aus.

Herr Brandt schlug vor, bei dem Vor-Ort-Termin ebenfalls die Kapelle und den derzeitigen Sanierungszustand zu begutachten.

Frau Mandt sprach sich entschieden gegen eine Besichtigung beider Stadtorte aus, da dies zu zeitintensiv mit dem anschließenden BTBW-Ausschuss sei.

Frau Schun fasste zusammen, ausschließlich den Pavillon vor der nächsten BTBW zu besichtigen. Des Weiteren schlug sie vor, eine Baustellenbesichtigung der Maßnahme „Sanierung Kapelle Friedhof Friedenstraße“ dann anzubieten, wenn die Maßnahme begonnen hat und die Sanierung im vollen Gange ist.

Dem **Geschäftsordnungsantrag** auf Vertagung wurde **12 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **0 x Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

Beschluss: **-vertagt-**

Beschluss:
Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt,

1. Der Pavillon auf dem Friedhof Friedenstraße wird in Abschiedsraum umgewandelt.
2. Die Technischen Betriebe werden angewiesen, die räu Struktur hierfür zu schaffen und die erforderlichen Maßr einzuleiten.
3. Ferner wird die Verwaltung angewiesen, Friedhofsgebührenordnung anzupassen und den Abschiedsraum aufzunehmen.

Begründung:
Der Pavillon auf dem Friedhof Friedenstraße ist weitestgehend ung Im Fenster hängen Poster mit Infos über den Friedhof u Friedhofskultur in Deutschland, im Winter wärmen sich Sargträ ihrem Einsatz in dem Gebäude auf. Für diese nicht-Nutzung Gebäude aber nicht gebaut worden. Aus Sicht der SPD-Fraktion sinnvoll, das Gebäude endlich in seiner gesamten Größe zu nutzen u dem Bau eine Trauerhalle zu machen, um kleineren Trauergemeinc Abschied von ihrem verstorbenen zu ermöglichen. Dafür müssen le noch Stühle, Lamellen oder Vorhänge und ein Rednerpult bes werden. Vor dem Hintergrund der Schließung der alten Kape Renovierungszwecke ist es zudem geboten, dass die Stadt eine alte kommunale Möglichkeit auf dem Friedhof Friedenstraße schafft.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Sachstand "Systemwechsel zur Grundgebühr bei der Müllentsorgung"

Herr von Thülen führte anhand einer Präsentation in das Thema ein.

Frau Schun verließ die Sitzung von 11:21 bis 11:22 Uhr.
Herr Morisße verließ die Sitzung von 11:23 bis 11:27 Uhr.
Herr Suberg verließ die Sitzung von 11:29 bis 11:33 Uhr.
Herr Brandt verließ die Sitzung von 11:35 bis 11:37 Uhr.
Frau Hartmann verließ die Sitzung von 11:38 bis 11:39 Uhr.

Herr Becker bat um ein abschließendes Ergebnis anhand der Präsentation und Ergänzung der Unterlagen für den TOP.

Als Datei wurde die „Modernisierung der Gebührenstrukturen Sachstand 2025" hinterlegt.

Herr von Thülen erklärte, dass es noch kein abschließendes Ergebnis gibt. Die TBW beabsichtigen die Prüfung von Alternativen zur aktuellen Gebührenstruktur.

Frau Mandt bekundete, dass sie mit dem Ergebnis der Präsentation unzufrieden sei. Die Ausführung zur Einführung der Grundgebühr sei nicht erklärend und sie wünscht einen neuen Stand zum Jahresende.

Frau Stehle verließ die ‚Sitzung von 11:42 bis 11:43 Uhr.

Herr Fischer führte aus, dass die Ansätze einer Grundgebühr klar seien und es jetzt um die Entscheidung zwischen Haushalts- oder behälterbezogener Grundgebühr, sowie eventueller Anreize zur Müllvermeidung ginge.

Herr Becker stellte einen **Geschäftsordnungsantrag** und bat um Verzicht auf die Pause und den direkten Übergang in den nichtöffentlichen Teil.

Dem **Geschäftsordnungsantrag** wurde mit **12 x Ja**-Stimmen**, 0 x Nein**-Stimmen und **0 x Enthaltungen einstimmig zugestimmt**.

5.2 Tierfriedhof

Frau Hartmann führte in die rechtlichen Bestimmungen und Hintergründe anhand einer PowerPoint Präsentation in das Thema ein.

Herr Fischer verließ die Sitzung von 11:48 bis 11:50 Uhr.

Herr Pallaske führte die Präsentation weiter fort und erläuterte die Standortbeurteilung Tierfriedhof anhand potentieller Standorte.

Herr Kullik ergänzte den Vortrag hinsichtlich der komplexen steuerlichen Aspekte im Falle eines Betriebes durch TBW.

Frau Mandt sprach sich für einen privaten Betreiber aus.

Die **Herren Suberg** und **Fischer, Frau Mandt** und **Frau Holtz** beteiligten sich an der

Diskussion.

Herr Becker bat um Ergänzung der Präsentationen bei dem TOP.

Als Dateien wurden „Tierfriedhof-Recht." und „Vorstellung Tierfriedhof" hinterlegt.

Frau Schun sagte zu, dass eine Beschlussvorlage ausgearbeitet und in der nächsten BTBW-Sitzung vorgelegt wird.

Herr Fischer sprach sich ebenfalls für die Wahl des privaten Betreibers aus.

Herr Weinberg verließ die Sitzung von 12:14 bis 12:16 Uhr.

Herr Moriße bat die Verwaltung, die Beschlussvorlage so auszuarbeiten, dass erst grundsätzlich abgestimmt wird, ob ja oder nein und im 2. Schritt, ein privater Investor gesucht wird.

5.3 Informationen zu Anfragen aus den letzten Sitzungen

Herr Hager erkundigte sich nach dem Sachstand bzgl. Spielraumbedarfsplanung im „Grünen Ring" und der noch ausstehenden Installation der Fitness- und Skateanlage, die der Beschlussvorlage vom 04.03.2022 BTBW zugrunde liegt.

Frau Stehle äußerte hierzu, dass sich der Antrag auf das Waldstück bezog.

Frau Schun erinnerte daran, dass bei Fitness- und Skateanlagen keine Zuständigkeit seitens der TBW besteht.

Herr Brandt fragte nach, ob es im Projekt Urbanfarming einen Gestattungsvertrag für das Projekt auf dem Gotthilf Hagen Platz geben wird.

Herr Walzner verließ die Sitzung von 12:21 bis 12:22 Uhr

Frau Schun teilte mit, dass grundsätzlich eine regelmäßige Verbindung zur Wirtschaftsförderung besteht, jedoch bisher noch nichts zu dem Thema an TBW herangetragen wurde. Ihr Kenntnisstand ist, dass mit Abschluss des Projektes Herbst 2025 die Beete zurück gebaut werden oder sich ein Verein gründet, der das Projekt in Eigenregie weiterführt.

Herr Brandt wies darauf hin, dass ab dem 28.02. nicht mehr gerodet werden darf. Dies sagte er im Bezug zum Spielplatz Potenburg.

Herr Pallaske versicherte, dass die Arbeiten bis Ende Februar 2025 abgeschlossen sind.

Herr Walzner erkundigte sich erneut, ob die Umfangstraße in Middelsfähr für Anwohner beidseitig befahrbar freigegeben wird.

Frau Mandt teilte mit, dass es sich um einen Ratsbeschluss handelt.

Frau Schun informierte, dass die Umfangstraße bewusst zu einer Fahrradstraße umgestaltet wurde und eine Änderung nicht geplant ist.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

Ende der öffentlichen Sitzung 12:29 Uhr

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

gez. Marušić	***gez. Moriße***	***gez. Gutknecht***
Dezernent	Vorsitzende/r	Protokollführer/in